

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm 30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 267

Donnerstag, den 15. November 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Freitag, den 15. November 1928, vormittag 11 Uhr sollen in Dhorn zwangsweise gegen Barzahlung

1 Galvanisieranlage best. aus Rollfabr., ein Bad und Dinamo mit Schalttafel, 1 Gegendrücke mit Werkzeug und 22 Rollen Bandstahl meistbietend öffentlich versteigert werden. — Sammelort der Bieter Gasthof „zur Eiche“

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz, am 15. November 1928

Freitag, den 16. November 1928, nachmittags 3 Uhr, soll in Friedersdorf, Sammelort der Bieter „Gasthaus zum Bergkeller“,

1 Anhängewagen für Kraftbetrieb meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 15. November 1928

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Das Wichtigste

Das Reichsinnenministerium bereitet einen Gesetzentwurf über den Nachföndentag für sämtliche Reichsbeamten und Angestellten vor. Auf der Sitzung der Reichsbeamten- und Angestellten bei der Überquerung eines ungeführten Feldweges bei starkem Nebel ein Personenzug in eine Schafherde, wobei 25 Schafe getötet wurden, bezw. infolge der erlittenen Verletzungen abgeschlachtet werden mußten.

In Paris wurde gestern das Gerücht verbreitet, daß der englische Botschafter während der Unterredung mit Polcarre letzterem aufs neue den Wunsch vorgetragen habe, die Frage der Rheinlandräumung vor den englischen Wahlen zu regeln, wenn auch das Reparationsproblem bis dahin noch keine endgültige Regelung gefunden hätte. In der Mittwochsitzung des Provinzialparlamentes der Rheinprovinz wurde u. a. mitgeteilt, daß durch die Herbitmaandover der Besatzungsarmeen allein an den Provinzialstraßen Schäden in Höhe von mehr als 300 000 Reichsmark entstanden sind, deren Erstattung vom Reich angefordert ist.

Nach Meldungen aus Madrid soll der Erfinder des Windmühlensflugzeuges, De la Cierva, erklärt haben, daß es ihm gelungen sei, mit seinem Apparat unter geringem Höhenverlust rückwärts zu fliegen. Einer Abendblättermeldung aus London zufolge, berichtete der gestern in Plymouth eingetroffene Dampfer „Mauretania“, daß während dreitägiger schwerer Stürme im ganzen ungefähr 20 seiner Passagiere leichte Verletzungen erlitten.

Der Untergang der „Vespris“ hat scheinbar doch etwa 126 Menschenopfer gefordert.

Wie aus Hanking gemeldet wird, hat die Hankinger Regierung beschlossen, ihre diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder herzustellen. In der nächsten Zeit wird ein neuer Botschafter für Moskau ernannt werden, der sich Ende Dezember nach Moskau begeben soll.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kraftpostverkehr.) Anlässlich der Kirches in Oberlichtenau am Sonntag, den 18. November, verkehren von 12 Uhr 40 Min. ab Pulsnitz bis 23 Uhr 30 Min. ab Oberlichtenau 10 Kraftwagen hin und her, zuzü aller Stunden. Der letzte Wagen verkehrt 23 Uhr 30 Min. ab Oberlichtenau-Pulsnitzthal über Pulsnitz-Markt (23 Uhr 47 Min. ab) nach Dresden, Theaterplatz, Fahrpreis RM 1,80 ab Oberlichtenau. Der Preis für Pulsnitz-Friedersdorf beträgt 20 Pfd., Pulsnitz-Oberlichtenau-3 Linden 40 Pfd., Pulsnitz-Oberlichtenau-Pulsnitzthal 50 Pfd.

Pulsnitz. (Ein recht bedauerlicher, beklagenswerter Unglücksfall), der in zwei angesehenen Familien unserer Stadt großes Leid gebracht hat, hat sich in Mohorn bei Freiberg ereignet. Herr Walter Graff, Schwiegerohn des Herrn Expediteur Paul Gräfe, war mit Lastkraftwagen auf der Heimfahrt von Freiberg nach Pulsnitz begriffen. Diese Heimfahrt wurde zur Todesfahrt. In Mohorn kam der Wagen, wahrscheinlich durch nicht vollständiges Funktionieren der Bremse in schnelleres Tempo. Herr Graff, ein Unglück ahnend, sprang vom Wagen und wurde vom nachkommenden Wagen, der inzwischen ein Vorderad verlor, an eine Mauer gedrückt, was den sofortigen Tod herbeiführte. Herr Walter Graff hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder. Er war in Sängern und Reglerkreisen, überhaupt allgemein eine sehr beliebte Persönlichkeit. Leicht sei ihm die Erde!

(Kein Heim ohne Fernsprecher!) Die deutsche Reichspost rechnet wegen der am 1. Januar eintretenden Ermäßigung der Fernspreckgebühren mit einem starken Zugang neuer Anschlüsse. Sie macht in ihrem Amtsblatt bekannt, daß Anmeldungen auf Neuananschlüsse zum 1. Januar schon jetzt angenommen werden. Bekanntlich kann man die Anlage auf Teilzahlung erwerben.

— SBK. (Die Vereinigten Sänger von Philadelpha) veranstalteten am 7. Oktober vor dem Schubert-Denkmal im Fairmountpark eine große öffentliche Schubertfeier, bestehend aus deutscher und englischer Gedendrede, Kranzniederlegung und einer Anzahl schöner Schubertchöre („Sanktus“, „Die Nacht“, „Der Lindenbaum“, „Nachtgesang im Walde“).

Zwei Tage Panzerkreuzer-Debatte im Reichstag

Die außenpolitische Aussprache zurückgestellt

Führertagung des Reichslandbundes — Mißtrauensantrag gegen die englische Regierung — Ein Antrag der Wirtschaftspartei zur Panzerkreuzerfrage — Vor der Debatte über den Panzerkreuzer

Das Reichskabinett war am Mittwoch mittag zu Beratungen über die Panzerkreuzer-Debatte zusammengetreten, die in zwei Reichstagsitzungen erfolgen soll. Vorher hatte der Aeltestenrat des Reichstages beschlossen, daß die ursprünglich für diesen Donnerstag in Aussicht genommene außenpolitische Debatte vertagt werden soll und daß zunächst die Frage des Panzerkreuzerweiterbaues an diesem Donnerstag und Freitag behandelt werden soll. Das Thema der Reichstagsverhandlung ist der Antrag der Sozialdemokraten, der eine Einstellung des Baues des Panzerkreuzers fordert. Dazu liegen noch einige Interpellationen zum Panzerkreuzer vor.

Das Reichskabinett steht die Krisis, die von einem großen Teil der Presse in den letzten Tagen in größter Aufmachung angekündigt hatte, bereits als überwunden an. Es steht fest, daß für den Antrag der Sozialdemokraten nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten stimmen werden. Beim Zentrum erwartet man, daß die überwiegende Mehrheit der Fraktion sich für den Weiterbau des Panzerkreuzers aussprechen wird; einige Mitglieder werden bei der Abstimmung den Saal verlassen. Auch bei den Demokraten werden viele Abgeordnete gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen. Die volle Sicherheit vor Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages besteht nur bei der Deutschen Volkspartei und den übrigen bürgerlichen Parteien, die außerhalb der Regierung stehen. Das Gerücht, daß Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und führenden Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden haben und daß sich die Deutschnationale Volkspartei verpflichtet habe, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, ist demontiert worden. Unentschieden ist noch, wie sich die Mitglieder des Kabinetts bei der Abstimmung verhalten sollen. Das Gerücht, daß der Reichswehrminister eine Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gefordert habe, ist auch nicht ganz richtig. Es ist nur über die Abstimmung durch die Minister in einer

Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister

und in einer Unterredung zwischen dem Reichswehrminister und den Parteiführern gesprochen.

Der Termin für die außenpolitische Debatte ist noch nicht angesetzt. Sie wird wahrscheinlich erst stattfinden, wenn die Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Anfrage wegen der Reparationsverhandlungen ergangen ist. Die außenpolitische Debatte wird dann im Zeichen der Erörterung der Folgerungen aus den Forderungen der alliierten Mächte stehen.

Eine amtliche Erklärung.

Sämtliche Fraktionen haben für Freitag, wo die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten gegen den Weiterbau des Panzerkreuzers stattfinden soll, ihre Mitglieder telegraphisch einberufen. Im übrigen hat der Reichswehrminister amtlich erklären lassen, daß er bisher von der bewilligten ersten Rate von 9 Millionen Mark für den Panzerkreuzerbau 6 Millionen ausgegeben hat. Er habe sich aber, um eine wirtschaftliche Durchführung des Baues des Panzerkreuzers zu sichern, genötigt gesehen, für 32,2 Millionen Mark feste Bedingungen in Form von Bestellungen einzugehen. Im Zusammenhang mit der amtlichen Erklärung über die Vergebung der Aufträge für den Panzerkreuzer wird als Antwort auf Bemängelungen eines Berliner Blattes von unterrichteter Seite erklärt: Nach dem Budgetrecht ist mit der Genehmigung der ersten Baurate für den Panzerkreuzer grundsätzlich die Genehmigung für den ganzen Bau ausgesprochen worden. Es wäre ein Unbding, entsprechend der ersten Baurate nun etwa ein Sechstel des Geschützrohres oder sonstiger Teile des bewilligten Kreuzers zu bestellen.

Die Aufträge können nur geschlossen vergeben werden. Die Ausführung dieser Aufträge hängt natürlich von der Höhe der jeweils durch den Reichstag bewilligten weiteren Raten ab.

Mißtrauensantrag gegen die englische Regierung.

Wegen des französisch-englischen Marinekompromisses.

London. Im britischen Unterhause brachte Lloyd George einen Mißtrauensantrag der Liberalen Partei gegen die Regierung wegen des englisch-französischen Marinekompromisses ein und erklärte unter anderem: Durch das Kompromiß werde Locarno vollständig umgestoßen. Abstützung sei die einzige Garantie der Sicherheit.

Der von Lloyd George eingebrachte Mißtrauensantrag wurde nach Schluß der Debatte mit 226 gegen 163 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei zur Panzerkreuzerfrage

Nach einer Meldung Berliner Blätter hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei am Mittwoch spät abends einen Antrag zur Panzerkreuzerfrage eingebracht, indem die Reichsregierung ersucht wird, ein auf lange Sicht abgestelltes Marinebauprogramm vorzulegen, das alle Deutschland im Versaillesvertrag belassenen Rechte auf eine absolut moderne Ausrüstung der Marine mit umfasse. Die Weiterarbeit am Ersatzbau A solle solange ausgesetzt werden, bis sicher gestellt ist, daß die hinter der Regierung stehenden Parteien der Fertigstellung des Panzerkreuzers und einer gegläubigen Regelung des Gesamtjahresbauprogrammes zustimmen.

Vor der Debatte über den Panzerkreuzer

Der sozialdemokratische Beschluß

Berlin, 15. November. Ueber die Gründe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßten, für die Abstimmung über den Panzerkreuzerantrag Fraktionszwang auch für alle im Kabinett sitzenden sozialdemokratischen Minister zu beschließen, teilt der „Vorwärts“ folgendes mit: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe sich der Auffassung, daß sich der Kabinettschiff, der nach der Verfassung die Ministern der Politik zu bestimmen habe, nicht in öffentliche Abstimmung gegen andere Kabinettsmitglieder stellen dürfe, nicht anschließen können. Diese Auffassung sei von Reichskanzler Müller der Fraktion vorgetragen worden. Aus der kurzen Aussprache der Fraktion sei hervorgegangen, daß sie eine Trennung des Parteivorstandes — möge er jetzt auch Reichskanzler sein — von der Fraktion für unmöglich halte, nicht nur im Interesse der Partei, sondern auch in seinem eigenen Interesse. Müllers Fernbleiben von der Abstimmung hätte bedeutet, daß er sich selbst als Parteiführer geopfert hätte, um Schwierigkeiten im Kabinett zu vermeiden. Dieses Opfer wolle die Fraktion nicht bringen, weil sie Müller auch in Zukunft als Vorsitzenden behalten wolle. Ein anderer Gesichtspunkt sei aber für die Fraktion entscheidend gewesen. Die Massen der Partei hätten durch ihr Fernbleiben vom kommunistischen Volksbegehren ein bewundernswertes Beispiel von Geschlossenheit und Disziplin gegeben. Dieses Beispiel solle kein Gegenstück finden in der vollkommenen Geschlossenheit und Disziplin der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Sozialdemokratie kämpfe nicht gegen die Wehrmacht an sich, sondern gegen eine Marineleitung, die für ihre unzumutbaren und sozialpolitischen Pläne den Reichspräsidenten, den Reichswehrminister und das Groß der bürgerlichen Parteien einzuspinnen verstanden habe. Sie vertrete mit der allergrößten Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Volksvertretung ihre Souveränität nicht preisgeben dürfe gegenüber militärischen Stellen, die gegen Vernunftgründe ihr Preisgabe stellen. Wie die Blätter weiter melden, wird sich das Reichskabinett am Donnerstag vormittag mit der Frage einer Zustimmung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zu dem gegen den Panzerkreuzerbau gerichteten sozialdemokratischen Antrag beschäftigen. Diese Tatsache sei auch bestimmend für den Zentrumsfraktionsbeschluß gewesen, sich am Mittwoch ohne Beschlußfassung zu vertagen, um erst die Entscheidung des Kabinetts abzuwarten. Außerdem wird gemeldet, daß der Reichs-